

**Jürgen Großmann/Rolf Pohlig  
Bericht über das 1. Halbjahr 2010  
Telefonkonferenz für Journalisten  
12.08.2010, 10:00 Uhr MEZ**

**Es gilt das gesprochene Wort.**

**Jürgen Großmann**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

einen schönen guten Morgen und willkommen zu unserer Telefonkonferenz. Gemeinsam mit meinen Vorstandskollegen Leo Birnbaum, Alwin Fitting, Ulrich Jobs, Rolf Pohlig und Rolf Martin Schmitz begrüße ich Sie herzlich.

Nach der Vorstellung der Ergebnisse der RWE-Geschäftsentwicklung im ersten Halbjahr 2010 durch Rolf Pohlig und mich freut sich der gesamte RWE-Vorstand darauf, Ihre Fragen zu beantworten.

Unsere heutige Kernbotschaft lautet: RWE bewegt sich auf einem stabilen Fundament und ist 2010 weiterhin erfolgreich unterwegs. Allerdings gibt es auch erhebliche Unsicherheiten, auf die wir uns einstellen müssen. Dazu später mehr.

In den ersten sechs Monaten des laufenden Geschäftsjahres stieg das betriebliche Ergebnis im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 21 % auf knapp 5 Milliarden Euro. Das nachhaltige Nettoergebnis – die Bemessungsgrundlage für unsere Dividende – erhöhte sich um 23 % auf 2,7 Milliarden Euro.

Gründe für die verbesserte Ertragslage waren unter anderem die erstmalige Einbeziehung von Essent, die höhere Verfügbarkeit unseres Kernkraftwerkes Biblis sowie unsere osteuropäischen Aktivitäten.

Angesichts dieser Entwicklungen bestätigen wir unsere Ergebnisprognose für das Jahr 2010.

Das heißt:

Wir gehen davon aus, dass wir sowohl das betriebliche Ergebnis als auch das nachhaltige Nettoergebnis um jeweils rund 5 % gegenüber dem Jahr 2009 steigern können.

Was haben wir sonst noch Positives bewegt?

Die Zahl unserer Mitarbeiter konnten wir im ersten Halbjahr 2010 erneut spürbar erhöhen. RWE beschäftigt aktuell 71.351 Mitarbeiter. Das sind 625 Menschen mehr als zu Beginn des Jahres 2010. Wir setzen damit einen erfolgreichen Trend fort. Denn seit vier Jahren haben wir die Belegschaft kontinuierlich gesteigert – auch in Deutschland.

Erfreulich ist auch die Kundenentwicklung. Zum 30. Juni dieses Jahres belieferte RWE in Deutschland rund 6,8 Millionen Privat- und Gewerbekunden mit Strom und knapp 1,1 Millionen mit Gas. Insgesamt liegt unsere Kundenzahl damit um mehr als 14.000 höher als vor einem Jahr.

Mit unserem neuen Produkt „SmartHome“ bieten wir unseren Kunden zum Jahresende einen echten Mehrwert. „SmartHome“ – das ist die funkgesteuerte Hausautomatisierung zur Energieeinsparung. Gleichzeitig erhöht „SmartHome“ den Komfort und schont den Geldbeutel. Durch die kluge Steuerung von Energiegeräten wie der Heizung lassen sich die Energiekosten um mehr als 10 % senken.

RWE treibt die Elektro-Mobility energisch voran. Ein wichtiger Baustein unseres Geschäftsmodells ist der Aufbau und der Vertrieb der

Ladeinfrastruktur. Wir wollen die Zahl unserer Ladepunkte für Elektroautos bis Ende dieses Jahres auf etwa 1.000 erhöhen. Zurzeit sind es rund 400.

Mit der Internationalisierung dieses Geschäftsmodells legen wir jetzt einen Gang zu. So beteiligen wir uns an verschiedenen Ausschreibungen zur Installation von Ladesäulen im Ausland.

In Sachen E-Mobility haben wir ein klares Ziel vor Augen: Wir wollen auch in unseren europäischen Kernmärkten einer der führenden Anbieter von Stromladesäulen und den damit verbundenen Dienstleistungen wie zum Beispiel Abrechnung werden.

Unser Investitionsprogramm läuft auf hohem Niveau. Damit sichern wir Zehntausende Arbeitsplätze.

Ob wir allerdings mit unserem gewaltigen Investitionsprogramm wie geplant fortfahren können, hängt entscheidend vom Energiekonzept ab, das gegenwärtig von der Bundesregierung erarbeitet wird.

Im ersten Halbjahr 2010 lagen unsere Sachinvestitionen bei insgesamt 2,5 Milliarden Euro. Das sind 364 Millionen Euro oder 17 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Da diese Summe den operativen Mittelzufluss übertrifft, verzeichnet RWE im ersten Halbjahr 2010 einen negativen Free Cash Flow.

RWE Dea steht vor der größten Einzelinvestition ihrer Geschichte. Das Unternehmen ist zu 40 % an der Erschließung der ägyptischen Erdgasfelder in den Konzessionen North Alexandria und West Mediterranean Deep Water beteiligt. Die Verträge mit der ägyptischen Regierung, der ägyptischen Staatsgesellschaft EGPC und BP wurden am 19. Juli unterzeichnet. Investitionsanteil von RWE Dea: 3,6 Milliarden US-Dollar über zwei Jahrzehnte. Die in beiden Konzessionen auf RWE Dea entfallenden Gasreserven betragen 50 Milliarden Kubikmeter. Dies

entspricht etwa der Hälfte des jährlichen deutschen Gasverbrauchs. 2014 soll das erste Gas aus diesen Feldern gefördert werden.

Auch unsere Investitionen im Kraftwerksbereich können sich sehen lassen.

Im April dieses Jahres haben wir in Lingen ein neues GuD-Kraftwerk in Betrieb genommen.

Unser Gaskraftwerk Staythorpe (*1.650 MW*) in Großbritannien wird Ende des Jahres 2010 mit allen Blöcken am Netz sein.

Mitte bzw. Ende 2011 werden die beiden Blöcke des BoA-Braunkohlenkraftwerks Neurath (*2.100 MW*) fertig gestellt sein. Die erfolgreiche Druckprobe des Dampferzeugers Block G war auf diesem Weg ein Meilenstein.

Neue Gaskraftwerke bauen wir auch in den Niederlanden. Moerdijk (*426 MW*) und Claus C (*1.300 MW*) werden Ende 2011 den Betrieb aufnehmen.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2012 soll unser Steinkohlekraftwerk in Hamm (*1.530 MW*) ans Netz gehen.

Die Fertigstellung unseres Gaskraftwerkes Pembroke (*2.200 MW*) in Wales ist ebenfalls für 2012 geplant.

Auch die neue GuD-Anlage (*775 MW*), die wir im türkischen Denizli errichten, soll 2012 fertig sein.

Für 2013 schließlich ist die Inbetriebnahme unseres Steinkohlekraftwerks in Eemshaven (*1.560 MW*) geplant.

Insgesamt hat RWE konventionelle Kraftwerke mit einem Finanzvolumen von rund 12 Milliarden Euro im Bau. Dahinter steht neue Kraftwerksleistung in Höhe von 11.500 Megawatt.

Auch beim Ausbau der „Erneuerbaren“ sind wir nach wie vor mit hohem Tempo unterwegs.

RWE Innogy treibt die Vorbereitungen zum Bau ihres ersten deutschen Offshore-Windparks „Nordsee Ost“ zügig voran. Nachdem wir uns zunächst die Turbinen und den Basishafen Bremerhaven „gesichert“ haben, wurde Mitte Juni dieses Jahres der Vertrag zur Lieferung der Fundamente unterzeichnet. Im kommenden Jahr soll mit dem Bau dieses 300 Megawatt-Windparks vor Helgoland begonnen werden.

Anfang Juni haben RWE Innogy (60 %), Stadtwerke München (30 %) und Siemens (10 %) ein Joint Venture zum Bau des Offshore-Windparks Gwynt y Môr vor der walisischen Küste gegründet.

Er wird eine Leistung von knapp 580 Megawatt haben. Investiert werden mehr als 2 Milliarden Euro.

Beispiele wie Gwynt y Môr zeigen, dass Partnerschaften gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Sinn machen. Solche Modelle, mit denen RWE lange Erfahrung hat, könnten auch für die Zukunft interessant sein. Und diese Beispiele zeigen, dass RWE es beim Ausbau der „Erneuerbaren“ ernst meint.

Auch das Pipeline-Projekt Nabucco treiben wir weiter voran. Nabucco verbindet unsere Projekte in Europa, der Kaspischen Region und der Türkei. Nabucco ist das Bindeglied zwischen den Erschließungs- und Förderaktivitäten der RWE Dea und unseren Kunden und Gaskraftwerken entlang der Strecke sowie über die Transitpipelines in der Tschechischen Republik weiter nach

Nordwest-Europa. Darüber hinaus ist Nabucco gegenüber konkurrierenden Projekten die wirtschaftlichere Initiative zur Diversifizierung des europäischen pipelinegebundenen Gasimports und ein Motor für mehr Wettbewerb auf den europäischen Märkten. Deshalb macht sich auch die EU sehr für das Projekt stark.

Zurzeit führt RWE intensive und konstruktive Gespräche mit den potenziellen Gaslieferländern Aserbaidschan, Turkmenistan und dem Nord-Irak. Aus Aserbaidschan haben wir eine Einladung zu konkreten Verhandlungen erhalten. Auch die Initiative des Nord-Irak, Gas für die Nabucco-Pipeline bereit zu stellen, ist ein positives Signal. Unsere Mitarbeiter sind – genauso wie in Turkmenistan – in konkreten Verhandlungen vor Ort. Unter dem Strich gilt auch für Nabucco: Das Projekt muss sich rechnen.

Damit gebe ich an Rolf Pohlig, der Ihnen die Geschäftsentwicklung im ersten Halbjahr 2010 genauer erläutern wird.

**Rolf Pohlig**

Meine Damen und Herren,

Jürgen Großmann hat es eben schon gesagt: die Geschäftsentwicklung im ersten Halbjahr verlief gut.

Das betriebliche Ergebnis stieg um 21 % auf knapp 5 Mrd. Euro. Lässt man die wesentlichen Konsolidierungs- und Wechselkurseffekte außer Betracht ergibt sich ein Plus von 10 %.

Kurz zu den einzelnen Unternehmensbereichen.

Der Unternehmensbereich Deutschland erzielte ein betriebliches Ergebnis, das mit 3,2 Mrd. Euro um 16 % über dem Vorjahreswert lag.

Dabei verbesserte sich das betriebliche Ergebnis unserer Stromerzeugung in Deutschland um 25 % auf 2,2 Mrd. Euro. Wesentlich dazu beigetragen hat die höhere Stromproduktion der beiden Biblis-Blöcke und unserer vertraglich gesicherten Steinkohlekraftwerke.

Im Geschäftsfeld Vertrieb und Verteilnetze stieg das betriebliche Ergebnis um knapp 1 % auf 985 Millionen Euro. Der konjunkturbedingte Anstieg der Strommengen führte zu höheren Entgelten im Netzgeschäft. Außerdem entstanden den Netzgesellschaften geringere Kosten für den Ausgleich von Verlustenergie sowie für Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen, da die Arbeiten wegen des strengen Winters teilweise verschoben werden mussten. Belastungen entstanden aus der so genannten Mehrerlösabschöpfung.

Der Bereich Niederlande/Belgien erwirtschaftete im ersten Halbjahr ein betriebliches Ergebnis von 345 Mio. Euro. Besonders im Gasgeschäft erzielte Essent hohe Erträge. Dazu trug das kalte Wetter in den Wintermonaten bei.

Auch das betriebliche Ergebnis von RWE npower verbesserte sich deutlich. Es stieg um 14 % auf 154 Mio. Euro. Ohne Wechselkurseffekte ergab sich ein Plus von 11 %. Der Ergebnisanstieg stammt im Wesentlichen aus dem Gasvertrieb. Hier haben sich die Margen wegen niedrigerer Einkaufspreise verbessert. Da wir Ende März 2010 unsere Gastarife für Haushalte abgesenkt haben, wird sich dieser Effekt aber im Jahresverlauf abschwächen.

Im Bereich Zentralost-/Südosteuropa – in dem wir nun auch unsere Aktivitäten in der Türkei erfassen – konnten wir das betriebliche Ergebnis um 39 % auf 722 Mio. Euro steigern. Dazu haben u.a. Wechselkurseffekte beigetragen.

Währungsbereinigt ergibt sich ein Plus von 30 %, das vornehmlich aus unserem Gasgeschäft in Tschechien stammt. Niedrigere Beschaffungskosten brachten unseren dortigen regionalen Vertriebsgesellschaften Entlastungen. Allerdings verzeichneten wir in Tschechien auch Ergebniseinbußen durch rückläufigen Gasabsatz im Großkundengeschäft und gesunkene Transiterlöse.

Im Unternehmensbereich Erneuerbare Energien belief sich das betriebliche Ergebnis auf 26 Mio. Euro. Gegenüber 2009 ist das ein Plus von 13 %. Der erstmalige Ausweis der Windkraftaktivitäten von Essent schlug mit 9 Mio. Euro zu Buche. Ihr Ergebnisbeitrag blieb allerdings wegen des extrem niedrigen Windaufkommens in Deutschland hinter unseren Erwartungen zurück. Belastungen resultierten dagegen aus dem umfangreichen Investitionsprogramm von RWE Innogy, da es mit Vorlaufkosten verbunden ist.

Der Bereich Upstream Gas & Öl konnte das Ergebnis um 48 % auf 192 Mio. Euro steigern. Basis dafür waren höhere realisierte Ölpreise. Außerdem verringerten sich unsere Förderabgaben in Deutschland und der Explorationsaufwand in Nordafrika.

Das betriebliche Ergebnis des Bereichs Trading/Gas Midstream dagegen liegt mit 278 Mio. Euro 62% unter dem hohen Vorjahreswert. Die Ergebnisverschlechterung ist vor allem dem Gas-Midstream-Geschäft zuzuordnen. Hier hatten wir 2009 noch von positiven Einmaleffekten profitiert. Zusätzlich wurde die Ertragslage dadurch belastet, dass die Absatzpreise für Gas teilweise wesentlich niedriger waren als die ölindezierten Beschaffungskosten. Dies hatte u.a. zur Folge, dass wir Vorsorgen für unser tschechisches Gasgeschäft treffen mussten.

Das neutrale Ergebnis hat sich erheblich verschlechtert. Es lag mit - 1.009 Mio. Euro um mehr als 1,2 Mrd. Euro unter dem Vorjahreswert. Ausschlaggebend dafür ist die bilanzielle Erfassung von

Commodity-Derivategeschäften. Damit sichern wir z.B. den Terminverkauf von Gasbezügen der RWE Supply & Trading preislich ab. Entsprechend der Rechnungslegungsvorschriften sind bestimmte Derivate, die der Absicherung von Grundgeschäften dienen, mit ihren Marktwerten am jeweiligen Stichtag zu bilanzieren, während die genau umgekehrt reagierenden Grundgeschäfte erst später bei ihrer Realisierung erfolgswirksam erfasst werden dürfen. Somit heben sich diese kurzfristigen Ergebniseffekte im Laufe der Zeit wieder auf.

Das Finanzergebnis verbesserte sich um 129 Mio. Euro auf - 787 Mio. Euro. Hauptgrund war der Wegfall von Belastungen aus dem Vorjahr, die u.a. im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise standen. Im ersten Halbjahr 2009 haben wir noch Abschreibungen auf Wertpapiere vornehmen müssen oder Wertpapiere mit Buchverlusten veräußert. Dagegen erzielten wir 2010 Erträge aus solchen Verkäufen.

Die Steuerquote betrug 30 % und lag damit auf Vorjahresniveau. Für das Gesamtjahr rechnen wir allerdings mit einem etwas höheren Wert.

Wie Sie wissen, ist für unsere Dividendenpolitik das um Sondereinflüsse bereinigte, nachhaltige Nettoergebnis maßgeblich. Im ersten Halbjahr lag es bei rund 2,7 Mrd. Euro und war damit 23 % höher als im Vorjahreszeitraum.

Die Ausgaben für Sachanlagen stiegen um 17 % auf rund 2,5 Mrd. Euro. Vor allem die Erstkonsolidierung von Essent führte zu einem Anstieg der Investitionen. Hier fließt der Großteil der Mittel in den Bau der Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerke Moerdijk 2 und Claus C. Der Ausbau und die Modernisierung unserer Stromerzeugungskapazitäten bilden weiterhin den Schwerpunkt unserer Investitionstätigkeit.

Damit gebe ich das Wort wieder an Jürgen Großmann.

<b>Jürgen Großmann</b>
------------------------

Danke, Rolf, für Deine Ausführungen.

Meine Damen und Herren,

es ist relativ einfach, den Status Quo zu beschreiben. Viel schwieriger ist es bekanntlich, die Zukunft vorherzusagen. Das gilt auch für uns. Die Lage ist vor allem durch die Vielzahl der vorgeschlagenen politischen Eingriffe unübersichtlicher geworden. Hinzu kommt ein generell unsicheres energiewirtschaftliches Umfeld.

Sie wissen, dass Energiewirtschaft extrem langfristig angelegt ist. Hinzu kommt die hohe Kapitalintensität unserer Projekte. Wir sind daher auf stabile politische Rahmenbedingungen angewiesen – Rahmenbedingungen, die Investitionen möglich machen und sie nicht verhindern.

Wir brauchen klare Kante. Und wir brauchen Vertrauen. Daran aber fehlt es. Das avisierte Energiekonzept der Bundesregierung steht immer noch nicht.

Ohne Zweifel: Den CO<sub>2</sub>-freien Energietechniken gehört die Zukunft. Sie werden zu recht massiv ausgebaut, und RWE ist auf diesem Weg ein maßgeblicher Treiber. Aber Energie muss bezahlbar bleiben und verlässlich vorhanden sein. Deshalb sind Kohle und Kernenergie bis auf weiteres unverzichtbar. Beide Energieträger sind eine sinnvolle und notwendige Flankierung des weiteren Ausbaus der „Erneuerbaren“.

Wir sehen insgesamt vier politische Unsicherheitsfaktoren.

Erstens: Die geplante Steuer auf Kernbrennstoffe

Zweitens: Unklare Klimaschutzziele

Drittens: Die Koalitionsvereinbarung NRW

Und viertens die oft ineffiziente Förderung der „Erneuerbaren“

#### Punkt 1: Steuer auf Kernbrennstoffe

Von den europa- und verfassungsrechtlichen Bedenken einmal abgesehen, wäre eine solche Steuer der grundsätzlich falsche Weg – und zwar unabhängig davon, ob sie an eine Rücknahme der Laufzeitverkürzung der Kernkraftwerke gekoppelt würde oder nicht.

Wieso?

Bei der Kernbrennstoffsteuer geht es nicht um eine Abschöpfung von Gewinnen aus einer Aufhebung der Laufzeitverkürzung der Kernkraftwerke. Tatsächlich handelt es sich um eine neue Steuer auf die Nutzung der Kernenergie. Gewinnabschöpfung aus längeren Laufzeiten oder grundsätzliche Besteuerung der Kernenergie – das ist ein gewaltiger Unterschied – aus Sicht der betroffenen Unternehmen, aber auch volkswirtschaftlich, ordnungs- und klimapolitisch.

Den Planungen der Bundesregierung zufolge würden den kernenergiebetreibenden Unternehmen in Deutschland mit der Steuer auf Kernbrennstoffe ab 2011 jährlich 2,3 Milliarden Euro entzogen. Auf Basis der im Gesetzesentwurf genannten Steuersätze ergibt sich eine Bruttobelastung pro Jahr von fast 4 Milliarden Euro.

Dabei sind zusätzlich geforderte Sicherheitsinvestitionen nicht berücksichtigt.

Wir reden über Geld, das für neue Projekte nicht mehr zur Verfügung steht. Die Investitionskraft der betroffenen Unternehmen würde massiv geschwächt, ihre Handlungs- und Leistungsfähigkeit erheblich eingeschränkt.

Aber auch beim Betrieb von Kernkraftwerken gibt es Grenzen der wirtschaftlichen Belastbarkeit!

Und: Bevor man Gewinne abschöpfen kann, müssen sie überhaupt erst einmal erwirtschaftet werden.

Welche konkreten Konsequenzen dies im Einzelnen für RWE hätte, ist noch nicht absehbar. Deshalb sind wir gezwungen, unseren mittelfristigen Ergebnis- und Investitionsausblick zu überprüfen. Wir müssen genau hinschauen, ob sämtliche Investitionen, die wir gegenwärtig in der Planung haben, noch in vollem Umfang realisierbar sind.

Ganz besonders für den Fall – von dem wir nicht ausgehen –, dass es nicht zu einer Laufzeitverlängerung kommt, müssten wir unsere Investitionsplanung auf den Prüfstand stellen. Dies betrifft auch den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Denn Kernenergie trägt zum Cash Flow bei, aus dem wir unter anderem den verstärkten Ausbau der Erneuerbaren finanzieren. Wenn dieser Cash Flow zurückgeht, hat das unweigerlich Auswirkungen auf unsere Investitionen.

Nun mag Sie das nicht großartig beschweren: Es trifft ja nur die großen vier Energieversorger und damit die Richtigen – oder?

Eben nicht. Denn auch aus volkswirtschaftlicher Sicht wäre ein voreiliger Verzicht auf die Kernenergie eine massive Kapitalvernichtung und damit letztendlich die Vernichtung unser aller Vermögen. Diverse Forschungsinstitute bestätigen, dass eine Laufzeitverlängerung volkswirtschaftliches Vermögen von bis zu 300 Milliarden Euro sichert.

Ein Großteil dieses Betrages geht in Form sinkender Strompreise an die Verbraucher. Darauf hat erst kürzlich die Internationale Energieagentur (IEA) zu Recht hingewiesen.

Schließlich wäre eine finanzielle Belastung der Kernenergie auch ordnungspolitisch verfehlt, weil sie unsere Wettbewerbsfähigkeit gegenüber ausländischen Konkurrenten schwächen würde. Mit gleichen und fairen Wettbewerbsbedingungen in Europa ist eine Steuer auf Kernbrennstoffe nicht vereinbar.

Auch für den Klimaschutz würde eine Kernbrennstoffsteuer nichts bringen – im Gegenteil. Denn ausgerechnet derjenige Energieträger, der notwendig ist, damit Deutschland sein Klimaschutzziel erreichen kann, würde schwer belastet. Wie wichtig die Kernenergie für die Erreichung der ehrgeizigen Klimaschutzziele ist, haben kürzlich die Forschungsinstitute RWI, ZEW und IER in einer Studie für das Bundeswirtschaftsministerium unterstrichen.

Ich hoffe, dass unsere rechtlichen und wirtschaftlichen Bedenken gegen eine Steuer auf Kernbrennstoffe die verantwortlichen Politiker überzeugen werden. Aber auch den Rechtsweg halten wir uns offen.

Wir haben immer gesagt, dass wir bereit sind, die Gewinne, die aus längeren Laufzeiten unserer Kernkraftwerke resultieren, zu teilen. Dazu stehen wir. Dabei muss es jedoch fair und ökonomisch sinnvoll zugehen.

In diesem Sinne schlagen wir als Alternative zu einer Steuer auf Kernbrennstoffe für den Fall einer Laufzeitverlängerung von mindestens 15 Jahren einen Fonds vor, der sich aus Mitteln der kernenergiebetreibenden Unternehmen finanziert. Damit soll einerseits den finanziellen Interessen des Bundes Rechnung getragen werden. Andererseits könnten die massiven Nachteile einer Steuer auf Kernbrennstoffe vermieden werden.

Ein solcher Fonds wäre aus unserer Sicht eine sinnvolle und vernünftige Flankierung einer Aufhebung der Laufzeitverkürzung.

Zweiter politischer Unsicherheitsfaktor:

Unklare Klimaschutzziele

Es schafft kein Vertrauen in die Politik, wenn immer wieder neue, strengere Klimaschutzziele angemahnt werden. Jüngstes Beispiel ist die Überlegung, das CO<sub>2</sub>-Minderungsziel der EU bis 2020 von 20 % auf 30 % zu verschärfen. Besonders ärgerlich ist, wenn dabei – bewusst oder unbewusst – zweifelhafte Zahlen zu den volkswirtschaftlichen Kosten einer zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Minderung genutzt werden. In Summe geht es nicht um Mehrkosten von 11 Milliarden Euro in 2020, sondern um mindestens 33 Milliarden Euro. Und die jährlichen Kosten der Jahre 2011 bis 2019 wurden erst gar nicht aufgenommen. Die negativen wirtschaftlichen Effekte in Form steigender Energiepreise und abnehmender Wettbewerbsfähigkeit werden auf diese Weise unzulässig verharmlost.

Erschwerend kommt hinzu: Wir diskutieren die Vorreiterrolle Deutschlands und Europas beim Klimaschutz völlig losgelöst von den Realitäten auf internationaler Ebene. Es ist mehr als fraglich, ob wir in absehbarer Zeit ein neues Klimaschutzabkommen erreichen werden. Das kürzliche Scheitern der vorbereitenden Verhandlungen in Bonn macht es eher unwahrscheinlich, dass der nächste Weltklimagipfel im mexikanischen Cancun oder der darauf folgende in Südafrika 2011 ein Erfolg werden. Die Realität sieht nämlich so aus: Die USA ziehen nicht mit, Indien ist dabei, seine Kraftwerksleistung und seine CO<sub>2</sub>-Emissionen zu verdoppeln, China wird seine Kraftwerkskapazität bis 2030 sogar nahezu verdreifachen. Global abgestimmte Konzepte sind nicht in Sicht.

Dritter politischer Unsicherheitsfaktor:

Die Koalitionsvereinbarung NRW

Wir begrüßen zwar, dass sich SPD und Grüne in NRW in ihrer Koalitionsvereinbarung nicht nur zum Ausbau der erneuerbaren Energien bekennen, sondern auch zu einer „nachhaltigen Perspektive für die Braunkohle“ und zu einer Modernisierung des konventionellen Kraftwerksparks.

Skeptisch sehen wir jedoch die ablehnende Haltung zur Kernenergie. Bedenklich ist auch, dass die neue Landesregierung die Braunkohlegewinnung schrittweise senken und absolute CO<sub>2</sub>-Minderungsziele für NRW festlegen will.

Eine solche Festlegung stößt auf erhebliche Bedenken. Denn mit dem europäischen Emissionshandel ist die Braunkohleverstromung bereits in ein System zur absoluten CO<sub>2</sub>-Minderung eingebunden. Vor diesem Hintergrund wären zusätzliche absolute CO<sub>2</sub>-Minderungsziele für NRW eine ökonomisch höchst fragwürdige Doppelregulierung. Der unsinnige Effekt: weniger effiziente Kohlekraftwerke außerhalb von Nordrhein-Westfalen haben Spielraum, mehr CO<sub>2</sub> zu emittieren! Für den Klimaschutz wäre dadurch nichts gewonnen.

Gleichzeitig soll die CCS-Forschung (Carbon Dioxide Capture and Storage) auf die Industrie beschränkt werden. In der Kohleverstromung sieht die neue Landesregierung für CCS in den nächsten Jahren keine Chance.

Ich kann nur sagen: „Eine nachhaltige Perspektive für die Braunkohle“ sieht anders aus. Dem Industrieland Nummer 1, von dem man bei NRW oft spricht, ist damit nicht gedient.

Viel Gesprächsstoff also. Denn über die Zukunft des rheinischen Braunkohlereviere möchte die neue Landesregierung mit uns eine Vereinbarung treffen.

Vierter politischer Unsicherheitsfaktor:

Die Förderung der Erneuerbaren erfolgt oft nach Wohlfühlfaktoren und nicht nach Kosten- und Effizienzkriterien

Die Photovoltaik ist dafür ein besonders dramatisches Beispiel. Bei einem Anteil von nur 1 % an der Stromerzeugung entfallen rund 50 % der Mehrkosten nach EEG auf den Solarstrom. 2009 waren das schon 2,5 Milliarden Euro – Tendenz steigend. Daran wird auch die jüngst beschlossene Kürzung der Fördersätze nichts ändern. Allein die Förderung der bestehenden Anlagen bedeutet langfristig eine finanzielle Belastung der Stromkunden in Höhe von mehr als 50 Milliarden Euro. Hier wird mit gewaltigem Aufwand die ineffizienteste Form der Energiegewinnung gefördert.

Also: Viel Geld für wenig Strom.

Meine Damen und Herren,

zu den politischen Risiken kommt eine nur schwer kalkulierbare Entwicklung auf den Märkten für Strom und Gas hinzu.

Klar ist: Der Wettbewerb wird immer härter. Von den politischen Strompreisbelastungen einmal abgesehen, heißt das: Der Druck auf die Strompreise wird anhalten.

Wie schnell der Großhandelspreis für Strom im Zuge der konjunkturellen Belebung steigen wird, ist offen. Wir gehen nach wie vor von einer tendenziellen Strompreissteigerung aus. Fraglich ist nur, wie schnell das geht und auf welchem Niveau sich der Strompreis einpendeln wird.

Zunehmender Wettbewerb und anhaltender Preisdruck insbesondere im Geschäft mit Großkunden kennzeichnen auch die europäischen Gasmärkte. Trotz des gestiegenen Ölpreises ist auch die künftige

Gaspreisentwicklung nur schwer einzuschätzen. Mit anziehender Nachfrage im Zuge der konjunkturellen Erholung rechnen wir mit einem moderaten Anstieg der Gaspreise.

Auf all diese Herausforderungen stellen wir uns mit unserem mehrjährigen Effizienzprogramm ein. Es hat für den Zeitraum bis 2012 ein Volumen von 1,2 Milliarden Euro. Mit diesem Programm liegen wir im Plan. 2010 sind weitere Verbesserungen von 250 Millionen Euro geplant, insgesamt 700 Millionen Euro gegenüber 2006.

Darüber hinaus passen wir unsere Organisationsstruktur fortlaufend den sich verändernden Marktbedingungen an. Ich weiß, dass Sie dieses Thema brennend interessiert, bitte aber um Verständnis, wenn ich heute hierzu keine Details nenne. So weit sind wir noch nicht.

Meine Damen und Herren,

damit komme ich zum Ausblick. Unsere positive Prognose hat weiterhin Bestand. 2010 wird ein gutes Jahr für RWE. Aus heutiger Sicht können wir das betriebliche Ergebnis und das nachhaltige Nettoergebnis um jeweils circa 5% verbessern. Somit stehen die Chancen gut, dass hohe Vorjahresergebnis nochmals zu übertreffen. Die wesentlichen Gründe dafür sind: Die erstmals ganzjährige Einbeziehung von Essent, die höhere Verfügbarkeit unseres Kernkraftwerks Biblis, das Effizienzsteigerungsprogramm mit einem Ergebniseffekt von 700 Millionen Euro gegenüber 2006 sowie – aufgrund der Nachwehen der Wirtschaftskrise – geringere Kosten für Brennstoffe und CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte.

Somit können sich unsere Aktionäre wieder auf eine attraktive Dividende freuen. Denn zwischen 50 bis 60% des nachhaltigen Nettoergebnisses wollen wir ausschütten – nach wie vor.

Soviel, meine Damen und Herren, zunächst von unserer Seite. Jetzt sind Sie dran. Wir freuen uns auf Ihre Fragen.